Sonntag, 22. August 1926 · 74. Jahrgang Nr. 395

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 15 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 2440 bis 2462; für den Fernverkehr Nr. 4297 bis 4299. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67–68, Wiener Straße 1–6, Frankfurter Allee 285, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Kochhannstraße 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Straße 70, Fernstr. 1, Müllerstraße 155, Badstraße 41, Königstraße 56–57, Rosenthaler Straße 40, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 54, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 62, Yiddistr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 9, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25–26, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee: Grunewald, Hennriettenplatz: Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1–2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 65–94, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48; Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. & Schönberg, Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Kolliastr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 21–23, Cottbus: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 43, Niederschöneweide: Brückenstr. 23, Potsdam: Brandenburgerstr. 23, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Poincaré gegen Eupen-Malmedy

Die deutsch-belgischen Rückgabeverhandlungen gescheitert – Deutschlands Gegenleistung: Markaufwertung in Belgien – Brüssels Rückzug unter dem Druck Poincarés

Seit einiger Zeit haben deutsch-belgische Besprechungen – keine offiziellen Verhandlungen von Regierung zu Regierung – über eine Rückgabe der Kreise Eupen und Malmedy stattgefunden, die bekanntlich auf Grund des Friedensvertrages von Versailles nach einer Volksabstimmung, die jedoch nur eine Farce war, an Belgien gefallen waren. Auf deutscher Seite war Reichsbankpräsident Dr. Schacht an dem Meinungsaustausch beteiligt, der sich auch darauf bezog, Belgien in der Frage der „Besetzungsmark", der im belgischen Besitz befindlichen Papiermarksummen im Betrage von etwa 120 Millionen Goldmark, entgegenzukommen. Deutschland war bereit, zur Stützung des belgischen Franc einen Ausgleich der belgischen Papiermarkverluste vorzunehmen, während auf der anderen Seite Belgien geneigt war, das Unrecht an den Kreisen Eupen und Malmedy wieder gutzumachen und ihren Rückfall an Deutschland zuzugestehen.

Im Laufe des gestrigen Tages gab der belgische Premierminister Jaspar die Erklärung ab,

„daß niemals seitens der belgischen Regierung offizielle Verhandlungen betreffend die wiedererlangten Bezirke stattgefunden haben und auch nicht stattfinden werden".

Diese Erklärung lehnt also für die Zukunft offizielle Verhandlungen über die Rückgabe von Eupen und Malmedy ab. Der bisherigen Besprechungen waren trotz ihres verheißungsvollen Fortschreitens somit gescheitert. Die Auslassungen der französischen „nationalen" Presse zeigen, von welcher Seite ihre Sabotage erfolgt ist. Es war Poincaré, der durch seinen Druck auf die belgische Regierung den Abbruch der Aussprache erzwang.

Zu den Meldungen der ausländischen Presse, insbesondere den Meldungen gewisser französischer Blätter über die Frage Eupen-Malmedy wird uns von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Die Tendenz aller dieser Meldungen liegt auf der Hand. Die Oeffentlichkeit wird alarmiert, um die Absichten der deutschen Politik zu diskreditieren. Durch Vermischung wahrer und falscher Nachrichten soll der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland die belgischen Finanzschwierigkeiten erpresserisch zu mißbrauchen suche, daß die belgische Regierung sich dieser Erpressungsmanöver nur mit Mühe erwehren könne, daß es aber schließlich dem energischen Einschreiten dritter Mächte gelungen sei, die drohende Gefahr zu beseitigen. Darüber, was dritte Regierungen gegenüber der belgischen Regierung getan haben, kann natürlich nur diese selbst Auskunft geben. Der deutschen Regierung ist nichts davon bekannt. Für sie ist der wirkliche Tatbestand ein sehr einfacher, der sich mit wenigen Worten wiedergeben läßt. **Zwischen deutschen und belgischen Finanzmännern sind schon vor längerer Zeit Besprechungen in Gang gekommen, die sich auf eine deutsche Mitwirkung bei den internationalen Plänen zur Sicherung der belgischen Währung bezogen. Ohne daß es einer besonderen deutschen Initiative bedurft hätte, ist dabei auch der Gedanke erörtert worden, ob nicht die Möglichkeit bestände, ein deutsch-belgisches Zusammengehen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet dadurch zu fördern, daß gleichzeitig eine Verständigung über das künftige Schicksal der Kreise Eupen und Malmedy herbeigeführt würde. Es bedarf keiner Begründung, daß eine Vereinigung dieser Frage auf dem Wege verständnisvollen, gegenseitigen Entgegenkommens wesentlich zu einer Vertiefung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien beitragen würde. Auch in belgischen Kreisen schien man sich dieser Erkenntnis keineswegs zu verschließen. Das zeigt auch die vorsichtige Haltung maßgebender belgischer Blätter.**

Es muß betont werden, daß diese Besprechungen nicht den Charakter offizieller Verhandlungen von Regierung zu Regierung angenommen haben. Selbstverständlich hat die Reichsregierung von den Unterhaltungen Kenntnis gehabt; ebenso selbstverständlich ist es, daß sie die Entwicklung der Dinge mit dem größten Interesse verfolgt hat.

Dieser Haltung der Reichsregierung den Vorwurf einer „Erpresserpolitik" zu machen, wie es französische Zeitungen tun, kennzeichnet sich angesichts des geschilderten Sachverhalts ohne weiteres als widersinnig. Für Deutschland konnte und kann nichts anderes in Frage kommen als eine Verständigung, die die Gewähr der Dauer dadurch erhält, daß sie in völlig gleicher Weise den Interessen beider Länder entspricht, nicht aber eine Verständigung, die für den einen Teil nur ein Notmittel sein würde, um gegenwärtige Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn, was die deutsche Regierung nicht weiß, die Idee einer solchen Verständigung ihre aktuelle Bedeutung jetzt dadurch verloren haben sollte, daß dritte Mächte sich ihrer Verwirklichung widersetzen, so wäre das **ein gefährlicher Versuch, in die friedliche und den wahren Interessen zweier Nachbarvölker entsprechende Entwicklung mit den Mitteln machtpolitischen Druckes einzugreifen.** Es wäre ein Versuch, der einen um so bedauerlicheren **politischen Rückschritt** bedeuten würde, als er **im Widerspruch stände mit dem Sinn der Verträge von Locarno,** deren Hauptbedeutung darin liegt, die Grenzen im Westen für immer zu befrieden und die Erörterung aller damit zusammenhängenden Fragen ein für allemal der Sphäre politischer Machtanwendung zu entziehen.

*

Poincaré, dem, wie es heißt, Chamberlain Hilfe geleistet haben soll, setzt mit seiner gegen die deutsch-belgische Einigung geleisteten Quertreiberei seine alte Politik der Unantastbarkeit des Friedensvertrages von Versailles fort. All der Unsinn, alles Unheil, das er schuf, soll für ewige Zeiten fortdauern. Man glaubte, als Poincaré kürzlich an die Spitze der französischen Regierung trat, Briand werde die außenpolitischen Geschäfte nach wie vor allein führen — im Geiste des von ihm geschaffenen Vertrages von Locarno. Das war ein Irrtum. Mit dem Geist der Freundschaft und Versöhnlichkeit, der dem Pakt von Locarno das Gepräge gibt, hat die gegen die deutsch-belgische Verständigung gerichtete Aktion Frankreichs nichts zu tun. Man kann nur hoffen, daß, trotz der Jasparschen Erklärung, die Vernunft doch obsiegt, nachdem sie die Lösung einer beide Völker berührenden Frage aussichtsvoll vorbereitet hatte. Das Problem lebt länger als Poincaré, und die Differenz wird eines Tages doch nach dem Willen der beteiligten Völker geordnet werden.

Eine Reichsverkehrs-Versicherung?

Wie wir hören, wird noch im Laufe dieses Monats eine Besprechung der in Betracht kommenden Stellen darüber stattfinden, ob es möglich ist, eine Eisenbahnversicherung bzw. eine Reichsverkehrsversicherung zu schaffen. Die Versicherung würde für alle Schäden haften, die den Benutzern der Bahn usw. zustoßen, auch wenn der Unfall durch ein Attentat oder höhere Gewalt verursacht worden ist.

Frühere Einberufung des Landtags?

Bei der Vertagung des Landtags am 8. Juli hat der Landtagspräsident die Ermächtigung erhalten, die Einberufung zum 21. September, unter Umständen jedoch auch früher, vorzunehmen. Wie der „Reichsdienst der deutschen Presse" erfährt, erwägen die preußischen Koalitionsparteien die Zweckmäßigkeit einer früheren Einberufung. Als besonders dringend wird die parlamentarische Erledigung der Magdeburger Justizangelegenheit angesehen. Wie verlautet, wird von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt werden. Auch die zunächst unverbindlichen Verhandlungen zwischen Preußen und den Hohenzollern haben den Wunsch nach einer früheren Einberufung des Landtags aufkommen lassen.

Sozialistische Union in Norwegen

Kein Anschluß an eine der beiden Internationalen

Oslo, 21. August.

Demnächst findet hier eine Konferenz zwischen der Arbeiterpartei und den Sozialdemokraten statt mit dem Zweck, eine Wiedervereinigung der in drei Gruppen zersplitterten Arbeiterpartei herbeizuführen. Wie verlautet, wird im Falle einer Verständigung die vereinigte Partei sich weder der zweiten noch der dritten Internationale anschließen. Bekanntlich kam es im Jahre 1923 zu einer Spaltung innerhalb der norwegischen Arbeiterpartei, die im Anschluß an Meinungsverschiedenheiten in der Frage der internationalen Aktivität in Sozialdemokraten, norwegische und Moskauer Kommunisten zerfiel. Bei den letzten Kammerwahlen haben die Moskauer Kommunisten eine empfindliche Niederlage erlitten.

Bombenflugzeuge für Pilsudski

14 Stück in Frankreich bestellt

Basel, 20. August. (Schweiz. Dep.-Ag.)

Im Baseler Flughafen landete gestern ein außerordentlich großes Bombenflugzeug, das gleichzeitig mit einem anderen gleichen Apparat von Paris nach Warschau fliegt. Den beiden Flugzeugen werden noch zwölf weitere folgen, die in Frankreich für die polnische Armee gebaut werden.

Schnelldienst

Der Reichspräsident hat sich gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Münchener Schnellzug nach Bayern begeben, wo er einen etwa dreiwöchigen Erholungsaufenthalt zu verbringen beabsichtigt.

Im Gaubureau des Hamburger Roten Frontkämpferbundes fanden erneut polizeiliche Haussuchungen statt, wobei die Polizei ein Paket mit 200 Broschüren „Deutschlands revolutionäre Matrosen" beschlagnahmte.

Das „Journal Officiel" in Paris verkündet das Inkrafttreten des provisorischen Handelsabkommens zwischen Frankreich und Deutschland.

Devisen dürfen jetzt innerhalb Polens frei gehandelt und überwiesen werden, dagegen sind Ueberweisungen nach dem Auslande weiterhin nur durch Vermittlung der Bank Polski oder der Devisenbank gestattet.

Wegen Uebertretung eines Spekulationsverbotes hat Marschall Tschangtsolin zwölf chinesische Bankiers, darunter sieben Millionäre, in Mukden, Tschangtschun und Charbin hinrichten lassen.

Dem französischen Dramatiker Robert de Flers ist das Kommandeurkreuz der Ehrenlegion verliehen worden.

Eine Delegation des Zentralgewerkschaftsrates der Sowjetunion ist von Moskau zur Teilnahme an der Tagung des englisch-russischen Komitees nach Berlin abgereist.

Einheitsorganisation der Beamten?

Von
Gerhard Vogt

Die Beamtenpresse und die großstädtischen Tageszeitungen haben in den letzten Tagen vielfach Berichte über eine bevorstehende Einigung der verschiedenen Spitzenorganisationen der Beamtenschaft gebracht. Diese Berichte sind zum Teil widersprechend und haben besonders in die Beamtenschaft starke Beunruhigung getragen. Da aber auch die allgemeine Oeffentlichkeit starkes Interesse an diesen Vorgängen zeigt, sei über das Verhältnis der Beamtenorganisationen und über die Möglichkeit einer Einigung einmal das gesagt, was man wissen muß, wenn man die Dinge einigermaßen richtig betrachten will.

Die deutsche Beamtenschaft hat schon vor dem Kriege Versuche gemacht, ihre einzelnen Beamtenorganisationen in einer einzigen Spitzenorganisation zu vereinigen. Alle Versuche führten aber zu keinem Ergebnis, und erst nach der Revolution gelang es, den allergrößten der etwa 800 Einzelorganisationen im „Deutschen Beamtenbunde" zusammenzufassen. Diese Einigkeit dauerte leider nicht lange. Zunächst bildete sich im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Führung des nachmaligen Reichspostministers Dr. Höfle der „Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften", und nach dem Eisenbahnerstreik vollzog sich die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes", der die dritte Säule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bildet. Auch die höheren Beamten fanden nach ihrer Auffassung in einer Zusammenfassung von Beamtenorganisationen aller Gruppen nicht die geeignete Vertretung, und deren Organisationen schlossen sich zum „Reichsbund höherer Beamter" als eigene Spitzenorganisation zusammen. Schließlich folgte der Gewerkschaftsring dem Beispiel der anderen Gewerkschaftsspitzenorganisationen und gründete den „Ring Deutscher Beamtenverbände". So sind seit Jahren nunmehr fünf Beamtenorganisationen vorhanden, die von den Reichs- und Staatsregierungen als offizielle Beamtenvertretungen anerkannt worden sind.

Naturgemäß lebt in vielen Beamten und in ihren Führerkreisen noch immer der Wunsch nach einer geschlossenen Organisation, und die Versuche, die fünf Verbände wieder zu verschmelzen, haben eigentlich nie aufgehört. Wenn also jetzt Verhandlungen zwecks Schaffung einer Einheitsorganisation gepflogen werden sollten, dann ist das sicher nichts weiter, als ein Versuch, zu prüfen, ob die Stimmung in den verschiedenen Lagern zum Zusammenschluß reif oder doch wenigstens freundlicher ist wie bisher.

Jeder Kenner des Beamtenorganisationslebens wird aber wissen, daß eine solche Verschmelzung ungeheuerliche Schwierigkeiten überwinden muß. Die größte Beamtenspitzenorganisation ist der „Deutsche Beamtenbund", der mit besonderer Schärfe seinen politisch und religiös neutralen Standpunkt vertritt, und der seit seiner Gründung auch besonders den Gedanken der Sammlung aller Beamten von der untersten bis zur höchsten Gruppe betont. Er hat auch bisher immer den Grundsatz vertreten, daß die Beamten als solche allein organisiert sein müßten, ihre Interessen allein vertreten müßten, und daß ein organisatorisch enges Verhältnis mit Angestellten- und Arbeiterorganisationen, als der Vertretung von Beamteninteressen hinderlich, abzulehnen sei.

In diesem letzten Punkt ergeben sich die größten Schwierigkeiten einer Vereinigung mit den anderen Organisationen, denn in allen anderen Spitzenorganisationen — mit Ausnahme des „Reichsbundes der höheren Beamten" — wird der entgegengesetzte Standpunkt vertreten, und zahlreiche Beamtenverbände, die dort angeschlossen sind, zählen zu ihren Mitgliedern